



15. Juli 2009

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: www.spd.de

Die Behauptungen der Atom-Lobby

Gute Gründe gegen Atomkraft

Frank-Walter Steinmeier hat für die rot-grüne Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie verhandelt. Damit wurde die Energiewende in Deutschland eingeleitet. Da die SPD den Umbau des Energiesystems will, setzt sie sich auch konsequent für den Atomausstieg ein.

Der erforderliche Strukturwandel der Stromversorgung in Richtung deutlich gesteigerter Energieeffizienz, deutlich höherem Anteil an Kraft-Wärme-Kopplung und hoher Ausbaudynamik der Erneuerbaren Energien wäre bei einer Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke grundsätzlich in Frage gestellt. Wir wären somit kaum in der Lage, das bis 2050 zu erfüllende Klimaschutzziel einer CO₂-Minderung um mindestens 80% zu erreichen.

In Deutschland arbeiten bereits über 300.000 Menschen im Sektor Erneuerbarer Energien. Atomkraft erweist sich hierbei als Hemmschuh für die Energiewende und neue Arbeitsplätze in Deutschland. Das haben nicht zuletzt aktuelle Stellung-

nahmen der Stromkonzerne EON und EdF bestätigt: Die haben bei einer Anhörung in Großbritannien damit gedroht, den Neubau der angekündigten Atomkraftwerke aufzugeben, wenn die Regierung mit dem geplanten Ausbau Erneuerbarer Energien Ernst macht, da sich dann die Atomkraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betreiben lassen.

Atomkraft macht Energie auch nicht billiger, sondern teurer. Die Neben- und Folgekosten der Kernenergie tragen nämlich Steuerzahler und Konsumenten. Schwarz-Gelb arbeitet also für die Gewinne und Boni der großen Energieunternehmen.

Für die SPD bleibt es daher beim Atomausstieg. Mit uns wird es keine Verlängerung und schon gar keine Renaissance der Atomkraft geben. Die aktuellen erneuten Störfälle im Kraftwerk Krümmel zeigen: Atomstrom ist kein Ökostrom, sondern eine sondern eine gefährliche Risikotechnologie.

Unsere Argumente auf den Folgeseiten...

Die Atomlobby behauptet ...	Richtig ist...
<p>Kernkraft dämpft den Preisanstieg beim Strom.</p>	<p>Kernkraft ist teurer, als Union, FDP und Atomwirtschaft behaupten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Profite für Großunternehmen: Alte Kraftwerke sind abgeschrieben. Die bringen pro Tag eine Million Euro Extra-Profite für die Energie-Multis. Und steigern damit die Boni der Energie-Manager. 61 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne winken den Energieversorgern bei einer Verlängerung der Laufzeiten auf 40 Jahre. • Die Strompreise müssten ja dann derzeit schon sinken, denn die Atomkraftwerke laufen ja. Aber den Strompreis bestimmen teurere Kraftwerke – die Differenz behalten die Betreiber. • Die vier großen Energieunternehmen setzen hohe Strompreise aufgrund ihrer Marktdominanz durch. Eine Laufzeitverlängerung würde dieses Oligopol der großen Energiekonzerne zementieren. Dezentrale kleine Kraftwerke und Erneuerbare Energien fördern dagegen den Wettbewerb. Die Preise würden sinken. • Der Steuerzahler hat die Atomenergie schon mit 45 bis 100 Milliarden Euro unterstützt/mitfinanziert (je nach Schätzung). Das Restrisiko liegt allein beim Steuerzahler. Eine alle Risiken abdeckende Haftpflicht würde zur Unwirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke führen. • Die Atomkraft-Lobby will Gewinne privatisieren und Verluste kollektivieren: Die Folgekosten der Atomenergie (u.a. Rückbau, Endlagerung, Schutz vor Terroranschlägen) von weit über 20 Mrd. Euro soll der Steuerzahler übernehmen. • Kernbrennstoffe werden nicht wie Öl, Gas und Kohle besteuert.
<p>Die Energiesicherheit Deutschlands ist gefährdet.</p>	<p>Nur bei Erneuerbaren Energien ist Deutschland vollständig unabhängig von Importen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 100 Prozent des benötigten Urans muss importiert werden. • Zwischen 2000 und Juni 2008 ist der Weltmarktpreis von Uran auf das 20-fache gestiegen. Je mehr die Atomstromerzeugung ansteigt, umso früher erschöpfen sich die Uranvorkommen. • Es droht keine Stromlücke: Ein vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2008 vorgelegter Bericht zur Versorgungssicherheit sieht auch bei Einhaltung des Fahrplans beim Atomausstieg keinen Anlass zur Sorge hinsichtlich der Stromversorgung. Auch der Jahresbericht der Bundesnetzagentur bestätigt, dass Deutschland auf Jahre Nettostromexporteur bleiben wird.

Die Atomlobby behauptet ...	Richtig ist...
<p>Kernenergie gehört zum Energiemix der Zukunft.</p>	<p>Nur Erneuerbare Energien haben Zukunft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Laufzeitverlängerungen würden Investitions- und Innovationsdynamik der letzten Jahre bei Erneuerbaren Energien bremsen. • In der Branche der Erneuerbaren Energien sind über 300.000. Menschen beschäftigt. Das ist der Arbeitsmarkt der Zukunft. • Atomkraft kann die Klimaschutzprobleme nicht lösen. Sie deckt weltweit nur einen Anteil von ca. 2,5 Prozent des Endenergieverbrauchs. Erneuerbare Energien kommen bereits auf 20 Prozent.
<p>Die Zustimmung zur Kernenergie wächst.</p>	<p>Es gibt keine Renaissance der Atomenergie:</p> <ul style="list-style-type: none"> • In den letzten zwei Jahrzehnten sind deutlich mehr Atomkraftwerke vom Netz gegangen als neue hinzugekommen. 2008 wurde erstmals seit 42 Jahren kein einziger neuer Reaktor in Betrieb genommen. Insgesamt produzieren vergleichsweise wenige Länder Atomstrom, wogegen es einen weltweiten Boom bei den Erneuerbaren Energien gibt, bei denen Deutschland Weltmarktführer ist. • Mehrheit in Deutschland lehnt Atomkraft ab: 37 Prozent sehen in der Atomkraft eine große Gefahr, weitere 20 Prozent sogar eine sehr große Gefahr für sich und ihre Familien. Nur 8 Prozent aller Bundesbürger sind der Meinung, dass Atomkraftwerke, mögliche Anschläge auf Atomkraftwerke, Atomtransporte und radioaktiver Müll für sie und ihre Familien keine Gefahr darstellen. Weitere 34 Prozent schätzen die Gefahren, die für sie von der Atomkraft ausgehen, als gering ein. • Für die Stilllegung alter AKWs: In einer Umfrage sprachen sich 72 Prozent der Befragten für eine Stilllegung des Atomkraftwerkes Krümmel in Schleswig-Holstein und anderen älteren Atomkraftwerken aus (Emnid, 9.7.09) • Nur die Konservativen wollen neue Atomkraftwerke bauen: Der Beschluss von Neubauten von Atomkraftwerken stammt fast ausschließlich von konservativen Regierungen (Schweden, Italien, Frankreich, Kanada und USA). Berlusconi's Energiepolitik ist aber genauso schlecht wie die von Merkel. • CDU/CSU verschweigen Pläne zum Neubau: Auf der BDI-Tagung am 15.6.09 sagte etwa Angela Merkel: „Wenn ich sehe, wie viele Kernkraftwerke weltweit gebaut werden, wäre es jammerschade, wenn Deutschland aussteigen würde“.

Die Atomlobby behauptet ...	Richtig ist...
<p>Kernkraft ist sicher. Bundeforschungsministerin Annette Schavan bezeichnete den Störfall als „Ausnahme“.</p>	<p>Kernkraft kann nie ganz sicher sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorfälle und Sicherheitslücken sind Normalität: Deutsche AKW laufen nicht störungsfrei und zuverlässig. Laut dem Bericht der Bundesregierung haben acht der 17 Atomkraftwerke technische Mängel. • Alte AKWs abschalten: Diese sind trotz Nachrüstung unsicherer als neuere. Die Reaktoren wurden für eine Laufzeit von 25, nicht 40 oder 60 Jahren konzipiert. Reaktoren altern – damit steigen die Risiken mit jedem Betriebsjahr an. Die Forderung von Union und FDP, alte Atommeiler länger am Netz zu lassen und jüngere kürzer, sind daher unverantwortlich. • Kein Schutz vor Terrorangriffen: Atomkraftwerke sind nicht ausreichend gegen Terrorangriffe geschützt. • Die Technologie ist gefährlich: Nach Tschernobyl leiden in der Ukraine noch immer 2,4 Mio. Menschen an den Folgeschäden. 40 Prozent der Wälder dort sind verseucht. Krebserkrankungen bei Kindern sind dort massiv gestiegen. Der volkswirtschaftliche Schaden beträgt mehrere hundert Mrd. US-Dollar.
<p>Die Union meint, die Endlagerfrage sei gelöst.</p>	<p>Die Endlagerfrage ist aber nicht geklärt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Salzstöcke als unbrauchbarer Ort zur Endlagerung. Endlagerung kann niemals völlig sicher sein. In den Atommüllendlagern Morsleben und Asse bestehen große Probleme: In Asse traten seit 2005 77.000 Liter radioaktiv kontaminierte Lauge aus. • CDU/CSU haben Angst vor Endlagern in Bayern und Baden-Württemberg. Deswegen verweigern sie hartnäckig die Untersuchung von weiteren Standorten für ein atomares Endlager und drängen auf die Wiederaufnahme der Erkundungen in Gorleben. • Die SPD wird diese verantwortungslose Energiepolitik keinesfalls mittragen, mit der wir unseren Kinder und allen nachkommenden Generationen weiter wachsende radioaktive Müllberge vor die Tür stellen.